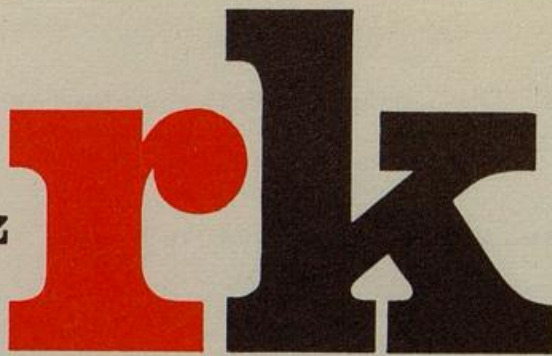


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 27. Jänner 1984

Blatt 188

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet:  
(grau)

Städtebund gegen weitere Belastungen  
Neuer Leiter des Anstaltenamtes

Kommunal:  
(rosa)

Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat  
Schweinefleisch: Strenge Kontrollen in St. Marx

Nur  
über FS:

Steinerne Hochzeit

.....  
Bereits am 26. Jänner 1984 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Städtebund gegen weitere Belastungen

=++++

10 Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Der Präsident des österreichischen Städtebundes, Wiens Bürgermeister Leopold GRATZ, nahm Donnerstag zu der schwierigen wirtschaftlichen Situation der österreichischen Gemeinden Stellung und verwies darauf, daß diese kaum mehr in der Lage seien, Einbußen ihrer Steuereingänge hinzunehmen. Wenn sich auch die österreichischen Gemeinden ihrer Verpflichtung zur Teilnahme an wirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen bewußt sind, so müsse betont werden, daß die Gemeinden hier nur unter Berücksichtigung ihrer gesunkenen Leistungskraft herangezogen werden können, sagte Gratz. Darüber hinaus verwies Bürgermeister Gratz darauf, daß Steuern wie die Gewerbesteuer, aber auch die Lohnsummensteuer einen wesentlichen Bestandteil des gemeindlichen Steueraufkommens darstellen und daher jede Änderung, die nicht einen gleichwertigen Ersatz bietet, abgelehnt werden müsse. Diese Haltung wird der österreichische Städtebund bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen nachdrücklich einnehmen.

Ergänzend dazu vertrat Bürgermeister Gratz die Ansicht, daß gerade die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen mit den für die Gemeinden gravierenden Problemen zeigen werden, wie wichtig die Vertretung der Gemeinden durch Städtebund und Gemeindebund ist, da nur diese beiden Bünde eine Garantie dafür geben, daß die kommunalen Interessen ausreichend gewahrt werden. (Schluß) roh/ko

NNNN

.....  
Bereits am 26. Jänner 1984 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Neuer Leiter des Anstaltenamtes (1)

=++++

11 #Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Das Anstaltenamt (MA 17) hat seit Donnerstag einen neuen Leiter: Senatsrat Dr. Wolfgang ZWINS wurde von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION in Anwesenheit von Personalstadtrat Friederike SEIDL und Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER als neuer Abteilungsleiter in sein Amt eingeführt. Dr. Zwins tritt damit die Nachfolge von OSR Dr. Hans SIEBENSOHN an, der im Oktober vergangenen Jahres zum Gruppenleiter für Gesundheitswesen und Sozialversicherung bestellt wurde.#

Dr. Zwins, 1942 in Graz geboren, war ursprünglich im Rahmen der Finanzverwaltung, sowie der Spitalsverwaltung des Landes Steiermark und sodann als Sekretär des steirischen Landeshauptmann-Stellvertreters SEBASTIAN tätig. 1980 begann seine Tätigkeit bei der Stadt Wien im Anstaltenamt als Leiter des Dezernates für Personal-, Rechts-, Gebühren- und Schulangelegenheiten, sowie als Verantwortlicher für die Krankenpflege- und medizinisch-technischen Dienste. 1982 erfolgte seine Bestellung zum stellvertretenden Abteilungsleiter.

Personalstadtrat Friederike SEIDL unterstrich im Rahmen der Amtseinführung die Bedeutung einer möglichst bürgernahen Verwaltung und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß im Bereich der MA 17 ein Drittel des gesamten Personals der Stadt Wien tätig ist. Stadtrat Seidl bekannte sich auch zu notwendigen Veränderungen im Rahmen der Verwaltung. "So wie sich die Gesellschaft ständig ändert, sollten sich auch die Verwaltungsstrukturen ändern", meinte sie wörtlich. Als notwendig bezeichnete sie auch alle Maßnahmen, die zu einer Imageverbesserung der Gemeindebediensteten führen. (Forts.)  
zi/ap

NNNN

.....  
Bereits am 26. Jänner 1984 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Neuer Leiter des Anstaltenamtes (2)

Utl.: Weitere Veränderungen notwendig

=++++

12 Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER erklärte, daß bei den städtischen Spitälern der bereits eingeschlagene Weg fortgesetzt werden müsse und weitere Veränderungen der MA 17 notwendig seien. Sinn und Zweck dieser Veränderungen sei es, nicht nur die Organisation und die medizinische Versorgung zu verbessern, sondern damit auch die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten zu optimieren.

Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION bezeichnete die Leitung des Anstaltenamtes als eine der interessantesten Aufgaben im Bereich der Stadt Wien. In einem Rückblick über die Entwicklung der MA 17 und des Spitalswesens in Wien wies Dr. Bandion darauf hin, daß es vor 100 Jahren in Wien nur vier Spitäler gegeben habe, wovon drei durch den Staat und eines durch die Stadt Wien geführt wurden. Seit damals hat sich das Wiener Spitalswesen dynamisch entwickelt. Was die künftige Entwicklung des Spitalswesens in Wien betrifft, so unterstrich Dr. Bandion die Bereitschaft seitens der Magistratsdirektion, notwendige Veränderungen zu unterstützen.  
(Schluß) zi/ko

NNNN

Schweinefleisch: Strenge Kontrollen in St. Marx (1)

Utl.: DES-Kontrollen nun in ganz Österreich

=++++

2 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL bestätigte Freitag die Meldung des "Kurier", daß durch einen neuen Erlaß nun die Kälber in privaten und öffentlichen Schlachtstätten auf das Hormon DES untersucht werden. Als bekannt wurde, daß manche Züchter aus Profitgründen das gesundheitsschädigende Hormon DES den Jungtieren verabreichen, veranlaßte Stadtrat Seidl eine lückenlose Kontrolle im Schlachthof St. Marx. Da aber der Großteil des Kalbfleisches, das auf den Wiener Markt kommt, direkt aus den Bundesländern angeliefert wird, forderte die Stadträtin diese Kontrollen auch generell für alle Schlachthöfe Österreichs und auch für private Schlachtstätten. Sie sei sehr zufrieden, daß Gesundheitsminister Kurt STEYRER so rasch die Pflichtkontrollen für ganz Österreich angeordnet hat, weil dadurch auch die Wiener Konsumenten bei zugeliefertem Kalbfleisch sicher sein können, daß sie einwandfreie Ware kaufen.

Zwtl.: Beruhigungsmittel im Schweinefleisch

Im selben Kurier-Artikel wird auch der Genuß von Schweinefleisch als nicht unbedenklich dargestellt, da es Rückstände von Beruhigungsmitteln enthalten könne. Stadtrat Seidl hat sich am Wiener Schlachthof St. Marx davon überzeugt, daß hier die Schweine streng auf Anzeichen einer Behandlung mit Beruhigungsmitteln kontrolliert werden.

Die Schweine, die aus den Bundesländern angeliefert werden, sind zum Teil so überzüchtet, daß manche während des Transportes an Herzschlag verenden. Um diesem Schlachtausfall zu begegnen, verabreichen manche Züchter den Tieren vor dem Transport als Beruhigungsmittel vor allem "Stresnil". Diese Beruhigungsmittel werden innerhalb weniger Stunden abgebaut und sind daher schwer nachzuweisen.

Zwtl.: Untersuchung durch Amtstierarzt

Bei Übernahme des Transportes im Schlachthof St. Marx werden die Schweine sofort vom Amtstierarzt untersucht. Tiere, denen Beruhigungsmittel verabreicht wurden, sind in ihrem Verhalten ungewöhnlich ruhig. Bei geringstem Verdacht auf Verwendung von Beruhigungsmitteln werden die Tiere so lange bis zur Schlachtung zurückgehalten, bis sicher ist, daß keine Rückstände mehr im Fleisch sind. (Forts.) lei/ko

Schweinefleisch: Strenge Kontrollen in St. Marx (2)

Utl.: Bei geringstem Verdacht keine Schlachtung

=++++

3 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Direktor Dr. Walter JURCIK, Leiter der Magistratsabteilung 60 und damit für St. Marx verantwortlich, teilte Stadtrat Seidl mit, daß seit über einem Jahr kein einziger Verdacht auf Verwendung von Beruhigungsmitteln aufgetreten ist. Es sei anzunehmen, so Dr. Jurcik, daß durch die bekannt strengen Kontrollen im Wiener Schlachthof bei Lieferungen nach Wien solche Medikamente nicht verabreicht werden. Diese Annahme wird auch dadurch erhärtet, daß die durch Herztod der Schweine verursachten Schlachtverluste mit ein bis zwei Prozent immer gleich hoch sind und nicht vermindert wurden.

Zwtl.: Massenuntersuchung noch nicht möglich

Besonders bei dem Medikament "Stresnil" besteht die Schwierigkeit, daß bis jetzt weltweit noch keine Methode gefunden wurde, die für Massenuntersuchungen geeignet wäre. Direktor Jurcik teilte jedoch mit, daß in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien mit Nachdruck an der Entwicklung einer entsprechenden Untersuchungsmethode gearbeitet wird. (Schluß) lei/ko

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

1 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat am Freitag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Hubert PFOCH (SPö) zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

In der ERSTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. Dr. KRASSER (öVP), wann die Verordnungen gemäß dem Wiener Luftreinhaltegesetz erlassen werden. StR. SEIDL antwortete, daß wegen der großen Bedeutung der Materie sehr aufwendige und zeitraubende Vorarbeiten notwendig sind. Die Kehrverordnung und die Verordnung über die Beschränkung von Schwefel im Heizöl werden voraussichtlich bald erlassen werden, die anderen werden noch etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen. Hinsichtlich der Immissionsgrenzwertverordnung für luftfremde Stoffe verwies Seidl auf die Möglichkeit, nach bestehenden Alarmplänen vorzugehen. Auch hier sei mit der Verordnung bald zu rechnen. Es sei denkbar, auf ausländische Erfahrungen zurückzugreifen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche Schritte er unternehmen werde, um die Kreditinstitute zu einer Reduktion des überhöhten Zinsniveaus bei Wohnungsverbesserungskrediten zu veranlassen, antwortete StR. MAYR, daß aufgrund bereits gefaßter Beschlüsse Verhandlungen mit den Banken stattgefunden haben.

Mayr rechnet damit, daß sich die Zinsen auf 9,5 Prozent reduzieren werden, wobei jedoch das Durchschlagen der Aktion angesichts halbjährlicher Abrechnungszeiträume einige Zeit in Anspruch nehmen. Ungerechtfertigte Gewinne für die Banken erwartet Mayr nicht, weil ja auch gestiegene Zinsen ebenfalls entsprechend später zum Tragen kommen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Dr. SWOBODA (SPÖ), ob es bereits Gespräche mit dem Sozialministerium zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten in Wien gegeben habe, sagte StR. MAYR (SPÖ), daß aufgrund von solchen Gesprächen eine Sonderaktion für Jugendliche bis zu 25 Jahren stattfinden werde. Das Sozialministerium stelle 90 Millionen Schilling für ein Sonderarbeitsprogramm mit 1.800 Arbeitsplätzen zur Verfügung. Damit werden die Bemühungen in Wien fortgesetzt, die es ermöglicht haben, die Arbeitslosenrate bei Jugendlichen niedrig zu halten. Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. Dr. PETRIK (ÖVP), welcher Betrag im Rahmen der Altstadtmilliarde derzeit verfügbar sei, sagte StR. HOFMANN (SPÖ), daß mit dem Stichtag 30. September rund 331 Millionen verfügbar gewesen seien. Abzüglich der seither vorgenommenen Genehmigungen von rund 103 Millionen stünden vorläufig weitere rund 228 Millionen zur Verfügung. Der monatliche Bedarf betrage rund 30 Millionen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er sich für die Fortführung dieser Aktion einsetzen werde, sagte HOFMANN, es gehe ihm generell um die Schaffung wirksamer Instrumente zur Stadterneuerung. Er könne sich auch längerfristig eine Anpassung der Modalitäten im Sinne der Wohnbauförderung vorstellen. (Forts.)  
gab/ap

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. SCHMIDTMEIER (SPÖ) stellte StR. HOFMANN (SPÖ) fest, daß das zur Begutachtung stehende neue Wohnungssanierungsgesetz viele Verbesserungen enthält. Es werde alles in einem Gesetz zusammengefaßt, was derzeit in vielen Einzelschriften geregelt ist. Es gibt derzeit Gespräche mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik, damit die besonderen Wünsche Wiens bei der Neuregelung berücksichtigt werden. Hofmann hob hervor, daß die Stadterneuerung nicht nur ein Problem der Bundeshauptstadt, sondern vieler österreichischer Städte sei.

Auf die Zusatzfrage, welche Änderungen der Beschäftigten- und der Unternehmensstruktur die Stadterneuerung mit sich bringe, betonte StR. Hofmann, daß sich ein Strukturwandel in der Bauwirtschaft abzeichne. Die industrielle Fertigung werde zurückgehen und die gewerbliche Bauleistung verstärkt. Die Stadterneuerung wirkt sich positiv auf die Beschäftigungslage aus.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. JANK (SPÖ), welche Auswirkungen der Entwurf des Wohnbauförderungsgesetzes hätte, sagte StR. Hofmann, er sehe Ansätze, daß die besonderen Bedürfnisse Wiens künftig besser berücksichtigt werden als bisher. Wien hat zusätzliche Wünsche zum Wohnbauförderungsgesetz, die derzeit in Gesprächen mit dem Bautenministerium geklärt werden. (Forts.) fk/ap



Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Zur SIEBENTEN ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob er für eine Bankgarantie zur Sicherstellung der aufgebrauchten Eigenmittel bei geförderten Wohnungen sei, erklärte StR. Ing. Hofmann (SPÖ), er sei für jede Maßnahme des Konsumentenschutzes beim Wohnbau. Die Einführung einer Bankgarantie würde allerdings die Wohnbaukosten neuerlich verteuern. Die höheren Kosten müßten entweder aus der Wohnbauförderung oder vom Mieter getragen werden.

Zur ACHTEN ANFRAGE von LABg. Prof. Dr. WELAN (ÖVP), ob es rechtliche Schwierigkeiten bei der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Wien gebe, erklärte StR. SCHIEDER (SPÖ), daß es solche gab. Sie sind teilweise beseitigt, und im Entschädigungsverfahren müsse nun einzeln mit jedem der betroffenen Landwirte verhandelt werden. (Forts.) sei/ko

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Maria PAUL (SPö), welche Auswirkungen die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle auf die Wiener Hauptschulen hat, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß die Aufhebung der Klassenzüge und die Einführung des Förderunterrichts die Bewältigung temporär auftretender Lernschwierigkeiten erleichtere. Die personalintensive neue Organisationsform ermögliche es, den derzeitigen Stand an Lehrern zu halten.

Auf eine Zusatzfrage antwortete Fröhlich-Sandner, daß für die neue Organisationsform der Hauptschule bereits Informationsgespräche für den Lehrkörper durchgeführt werden. Besonders wichtig sei die Aufgabe der pädagogischen Akademie. Um die Raumprobleme 1985 bewältigen zu können, werde von der MA 56 bereits ein Konzept erarbeitet.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. Dkfm. Dr. AIGNER (SPö) wie sich die Nächtigungszahlen im Wiener Fremdenverkehr 1983 entwickelten, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß Wien 1983 einen Nächtigungszuwachs von fünf Prozent zu verzeichnen hatte. Wegen der Stärke des Dollars habe allein der Zuwachs von Gästen aus den USA rund 40 Prozent betragen. Außerdem sei 1983 ein hervorragendes Kongreßjahr gewesen.

Auf die Zusatzfrage nach den Maßnahmen für eine weitere kontinuierliche Aufwärtsentwicklung antwortete Fröhlich-Sandner, daß die Budgetmittel für den Werbeaufwand 1984 um 15 Prozent erhöht wurden.

Weiters betonte Fröhlich-Sandner, daß nicht nur der Fremdenverkehrsverband, sondern die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft gemeinsam mit der Stadt Wien Anstrengungen unternehme, um eine weiterhin positive Entwicklung zu garantieren.

(Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von LABg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), ob gemäß dem Schienenverbundvertrag zwischen dem Bund und dem Land Wien aus dem Jahr 1979 der Ausbau der S-Bahn auf der Vorortelinie so vorangetrieben wird, daß die Betriebsaufnahme wie vorgesehen im Jahr 1986 erfolgen könne, antwortete StR. HATZL, daß die Betriebsaufnahme 1986 nicht erfolge und wies darauf hin, daß im Vertrag eine Festlegung dieses Termins nicht existiere.

Auf die erste Zusatzfrage, ob eine Verzögerung deshalb entstanden sei, weil allen Wiener Wünschen Rechnung getragen werde, antwortete Hatzl, dies sei im Hinblick auf Wünsche bei Lärmschutzeinrichtungen und Stationsbauten richtig.

Auf die zweite Zusatzfrage, wann mit einer Verlängerung von Penzing nach Süden zu rechnen sei, erklärte Hatzl, dies sei eine langfristige Konzeption. Er könne daher derzeit keinen Termin nennen. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), welche Maßnahmen zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Südost-Tangente gesetzt werden, antwortete StR. RAUTNER, daß seit 1983 ein Radarmeßwagen rund um die Uhr eingesetzt wird, und Verhandlungen mit dem Bautenministerium zur Anschaffung zusätzlicher Radargeräte laufen. Rautner verwies darauf, daß die Südost-Tangente jährlich von 25 Millionen Fahrzeugen frequentiert wird und die stärkstbefahrene Straße Österreichs ist. Hauptursache von Unfällen ist die geringe Disziplin der Kraftfahrer. Es kommt hauptsächlich zu Auffahrunfällen und seitlichen Kollisionen nach unerlaubtem Fahrstreifenwechsel. Die Tangente kann keinen zusätzlichen Verkehr mehr aufnehmen, zur Entflechtung des Verkehrs wird die Wiener Außenring-Autobahn beitragen.

Zwtl.: Drei-Parteien-Antrag zur Stadterneuerung

Anschließend brachten die drei im Landtag vertretenen Parteien einen gemeinsamen Antrag zur Stadterneuerung ein. Darin wird die Wiener Landesregierung beauftragt, bei den Stellungnahmen zu den Entwürfen des Wohnbauförderungsgesetzes und des Wohnhaussanierungsgesetzes jene Grundsätze zu berücksichtigen, die dem großen Stadterneuerungsbedarf Wiens entsprechen. Dazu gehören eine flexiblere Gestaltung der Förderungsinstrumente, um zusätzliche Mittel für die Stadterneuerung verwenden zu können, die Erreichung kostengünstiger, sozialer Wohnungen, die Gleichstellung der Förderung der Sanierung mit jener des Neubaus sowie die Vereinheitlichung von Wohn- und Mietzinsbeihilfe. (Forts.) and/ap

Wiener Landtag (8)

Utl.: Anträge

=++++

10 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Der Drei-Parteien-Antrag zur Stadterneuerung wurde dem Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung und Stadterneuerung zugewiesen. Ein ÖVP-Antrag betreffend die Erhöhung der Familienbeihilfe wurde dem Landeshauptmann zugewiesen, ein weiterer ÖVP-Antrag betreffend eine bundesgesetzliche Änderung im Interesse der Stadterneuerung ebenfalls dem Stadtrat für Stadtentwicklung und Stadterneuerung. (Forts.) and/ko

Wiener Landtag (9)

Utl.: Neuwahl in den Immunitätsausschuß

=++++

11 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Anstelle von LABg. Otto PELZELMAYER (ÖVP) wurde LABg. Dr. Peter MAYR (ÖVP) in den Immunitätsausschuß gewählt.

Zwtl.: Novelle der Besoldungsordnung

StR. Friederike SEIDL beantragte die Novellierung der Besoldungsordnung, der Vertragsbedienstetenordnung und des Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetzes. Die Novellierung sieht eine Erhöhung der Beamtenbezüge vor, die zwischen 5,33 Prozent bei den kleinsten Bezügen und 3 Prozent bei den Höchstbezügen liegt. Der Pensionsbeitrag wird von 7 auf 7,5 Prozent erhöht und soll schrittweise bis auf 9 Prozent angehoben werden. Die Sätze bei den Vertragsbediensteten werden von denen der Beamten abgeleitet. Die Erhöhung der Pensionsbeiträge gilt auch für die Nebengebühren, die bei den Beamten für den Ruhegenuß angerechnet werden.

ABSTIMMUNG: Alle drei Novellen wurden einstimmig angenommen.  
(Schluß) gab/ap

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES ÜBER DEN WIENER LANDTAG

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages eröffnete GR. MAYRHOFER (SPÖ) die Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wie hoch der voraussichtliche Personal- und Sachaufwand des neugegründeten Boden- und Stadterneuerungsfonds sein wird, sagte Bgm. Leopold GRATZ, daß eine Schätzung des Aufwandes derzeit nicht möglich sei, es müßten die Anträge abgewartet werden. Er trete aber dafür ein, daß die Kosten für den Fonds so gering wie möglich gehalten werden.

Auf die Zusatzfrage, ob die Gehälter der drei Geschäftsführer des Fonds an den Magistratsbezügen oder an denen der Holding-Manager orientiert werden, sagte Bürgermeister Gratz, die Gehälter sollen so gestaltet werden, daß man dafür die besten Fachkräfte erhält.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) ob die Stadt Wien als Kreditgeber überprüft habe, wofür das zinsfreie Darlehen von 20 Millionen an die Firma Ankerbrot konkret verwendet wurde, sagte StR. MAYR (SPÖ), daß die Verwendung dieser Mittel geprüft wurde. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) In der ERSTEN ZUSATZFRAGE wollte GR. Dkfm. Dr. WÖBER wissen, ob die Firma Ankerbrot die Auflagen, keine Dividenden- und Mittelentnahme und Halten des Beschäftigungsstandes, eingehalten habe. StR. Mayr sagte, alle Auflagen wurden durch den Magistrat geprüft, es gab keine Entnahmen, und der Beschäftigungsstand betrug 1983 zwischen 1.750 und 1.800 Arbeitnehmer. Ziel der Förderung sei es gewesen, 1.600 Arbeitsplätze zu halten.

In der ZWEITEN ZUSATZFRAGE befürchtete der Fragesteller, daß der Eigentümer der Firma Ankerbrot als stiller Teilhaber bei einem in Konkurs gegangenen Taxifunkunternehmen Entnahmen aus dem Firmenvermögen durchführen müßte. StR. Mayr stellte fest, der Magistrat werde alles prüfen, sodaß sichergestellt ist, daß keine Förderungsmittel an dieses Taxiunternehmen weitergehen. (Forts.)  
fk/ap

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Zur DRITTEN ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPö), was er unternehmen werde, um einen weiteren Rückzug der verstaatlichten Industrie aus Wien zu verhindern, erklärte StR. MAYR (SPö), er war während der VEW-Verhandlungen immer bereit, die Protestaktionen des Wiener Betriebsrates voll zu unterstützen. Die nun vereinbarte Regelung sieht zwar eine Reduktion in Wien vor, wird jedoch auch vom Wiener Betriebsrat als befriedigende Lösung angesehen. Allerdings war in den Gesprächen zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft und Management von einer Verlagerung der Generaldirektion nie die Rede. Es ist daher zu hoffen, daß die heute in den Medien gemeldete Verlegung nach Kapfenberg nicht den Tatsachen entspricht.

Zur VIERTEN ANFRAGE von GR. Dr. HÄUPL (SPö), welche Ziele in den neuen Stadterneuerungsgebieten verfolgt werden, erklärte StR. Ing. HOFMANN (SPö), daß die bisherige Beratungstätigkeit allein nicht ausreichend ist. Man wird in Zukunft auch Grundstücke und Objekte ankaufen, um seitens der öffentlichen Hand initiativ und steuernd tätig werden zu können. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), wieviele Delogierungen aus Gemeindewohnungen im Jänner 1984 durchgeführt wurden beziehungsweise werden, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß elf Delogierungen durchgeführt wurden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen zur Verhinderung vermehrter Delogierungen gesetzt werden, hob StR. Ing. Hofmann hervor, daß die Zunahme von Delogierungen im Herbst 1983 keine Folge von zusätzlichen Belastungen der Mieter gewesen sei, sondern darauf zurückzuführen sei, daß von Herbst 1982 bis Herbst 1983 praktisch keine Delogierungen durchgeführt wurden. Es werde sich also im Jahresschnitt keine wesentliche Änderung ergeben.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie sichergestellt werde, daß bereits einmal Delogierten keine teurere Wohnung zugewiesen werde, antwortete Hofmann mit der Auflistung der Delogierungsgründe im Jänner 1984. Fünf Mieter wurden wegen Nichtbenützung delogiert, vier wegen verzögerter Verlassenschaftsabhandlungen und zwei aufgrund von Beschwerden wegen unleidlichem Verhalten. Hofmann erklärte, bei Delogierungen werde auch das soziale Element berücksichtigt.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. LUDWIG (SPÖ) über Terminvorstellungen für den angekündigten städtebaulichen Wettbewerb "40 Jahre kommunaler Wohnbau" antwortete Stadtrat Ing. Hofmann, die Wettbewerbsvorbereitung werde bis Juni 1984 dauern, der Abgabetermin für die drei Teilgebiete im 2. und 23. Bezirk sei für Ende Dezember 1984 vorgesehen. Die Planungszeit werde rund 14 Monate in Anspruch nehmen, die Realisierung voraussichtlich bis Ende 1987 dauern.

(Forts.) jel/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

16 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP), wann die Hauptkläranlage für vollbiologischen Betrieb ausgebaut wird, antwortete StR. SCHIEDER (SPö), daß derzeit von Professor van der Emde eine Studie mit Varianten und Kostenvergleichen erstellt wird, die im Frühjahr vorliegen wird, sodaß in der ersten Hälfte 1985 mit der Ausschreibung begonnen werden könnte. Nach deren Abschluß wäre mit einer Bauzeit von zwei bis zweieinhalb Jahren zu rechnen (wenn die Wasserrechtsbehörde eine vollbiologische Klärung verlangt). Die Frage, ob es Verhandlungen mit den DOKW über eine finanzielle Beteiligung für den Fall gibt, daß stromabwärts der Bundeshauptstadt eine Staustufe errichtet wird, bejahte Schieder.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPö) über den Stand der Ermittlungen im Zusammenhang mit der Bor-Verseuchung des Grundwassers im 22. Bezirk antwortete StR. Schieder, daß umfangreiche Erhebungen zur Ermittlung des Verursachers und des Ausmaßes der Verunreinigung durchgeführt wurden. Diese Arbeiten sind abgeschlossen, ein Sanierungskonzept ist in Kürze zu erwarten. Nun hat vorerst der Verursacher für die Behebung des Schadens zu sorgen; sollte er dies nicht tun, wird die Stadt Wien eine Ersatzvornahme setzen. Außerdem laufen Untersuchungen, um zu klären, wieweit ein zweiter Grundwasserhorizont genützt werden kann. Unterlagen darüber werden in einigen Wochen vorliegen. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

-++++

17 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), durch welche Maßnahmen er die überaus lange Bauzeit von 18 Monaten beim Umbau des Gersthofer Platzls verkürzen wolle, sagte StR. RAUTNER, daß die Bauzeit aufgrund der Komplexität des Vorhabens bereits sehr kurz sei und eine weitere Verkürzung kaum möglich sei. Der Umbau erfasse ein großes Gebiet in den Straßenzügen um das Gersthofer Platzl. Es seien Einbautenverlegungen und Gleisbauten notwendig, es müsse sowohl auf den öffentlichen wie auch auf den Individualverkehr und die Anrainer Rücksicht genommen werden. Es sei nicht daran gedacht, sagte Rautner auf eine entsprechende Zusatzfrage, die B 222 als durchgehende Hochleistungsstraße auszubauen.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE, in welchem Umfang das Konzept der Verkehrsberuhigung für Wohngebiete schon realisiert worden sei, sagte StR. Rautner, daß dies durch die Gliederung des Straßennetzes, die Bündelung des Verkehrs und andere verkehrsorganisatorische Maßnahmen bereits in großem Umfang geschehen sei. In vielen Bezirken seien Einbahnstraßensysteme, Fußgängerzonen und Wohnstraßen entstanden. Allerdings - so Rautner - sei bei allen Maßnahmen die Absprache mit der Bevölkerung notwendig, wobei natürlich die Erhaltung der Parkplätze an erster Stelle stehe. Es gebe außerdem ihm nicht ganz verständliche Beschwerden wegen Kinderlärm in verkehrsberuhigten Zonen, was die Schwierigkeit bei der Verwirklichung derartiger Maßnahmen aufzeige. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

18 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. CVETKOVIC (öVP), ob wegen nichtbezahlter Fernwärmerechnungen in nächster Zeit Delogierungen in der Wohnhausanlage 2, Handelskai 214, zu erwarten seien, sagte StR. HOFMANN, daß dies nicht der Fall sei. Der Bezug der Fernwärme ist nicht mit dem Mietvertrag gekoppelt. Es könne auch keine Rede davon sein, betonte StR. Hofmann, daß Wohnhausanlagen nicht nach den Bestimmungen der Bauordnung errichtet werden.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPö), welche Vorbereitungen für das "Internationale Jahr der Jugend" 1985 getroffen werden, gab Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eine Übersicht über die Vorbereitungen. Es sei nicht zielführend, nur ein Jahr für die Jugend zu reservieren, meinte sie, sondern man müsse ein permanentes Zusammenarbeiten aller Gesellschaftsschichten anstreben. Zur Vorbereitung werden auch die Jugendorganisationen herangezogen.

In der DREIZEHNTEN ANFRAGE wollte GR. Ing. WORM (öVP) wissen, ob Beschwerden über die Preisgestaltung von Pachtbetrieben in städtischen Pflegeheimen und Krankenanstalten vorliegen. StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö) gab eine Übersicht über die Beschwerden und stellte fest, daß das Bestandsverhältnis für den Kiosk auf der Baumgartner Höhe wegen überhöhter Preise des Pächters gekündigt wird. Wenn eine Beschwerde vorliegt, wird das Marktamt eingeschaltet und wenn sie, wie im Fall Baumgartner Höhe berechtigt ist, auch das Bestandsverhältnis gekündigt, betonte Stacher. Der Stadtrat ersuchte, beim Verdacht überhöhter Preise die MA 17 zu informieren, die dann eine Überprüfung einleitet. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

19 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Zur 14. ANFRAGE von GR. SCHIRMER (SPö), was getan wird, um auf dem Gelände der Herzmansky-Stiftung im 14. Bezirk eine Behindertenwerkstätte einzurichten, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö), daß dort ursprünglich der Verein "Lebenshilfe Wien" ein Wohnheim für behinderte Menschen bauen wollte. Der Verein trat von dieser Absicht zurück, und obwohl der Verein "Jugend am Werk" sofort in das Projekt eingestiegen ist, kam es zu Verzögerungen. Es ist jedoch noch heuer mit einem Baubeginn zu rechnen.

Zur 15. ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), warum die Stadt Wien den Abschub von Saatkrähen fördere, erklärte StR. SCHIEDER (SPö), es gibt keine Förderung. Nach einem Stadtsenatsbeschluß aus dem Jahr 1950 wird an die städtischen Bediensteten ein Schußlohn für alle Wildarten, daher auch für Saatkrähen, gewährt. Ob der Abschub von Saatkrähen notwendig ist, dazu gibt es sehr unterschiedliche Stellungnahmen. Er, Schieder, habe daher eine umfangreiche Untersuchung angeordnet, und man wird aufgrund der Ergebnisse dieser Untersuchung entscheiden. (Forts.) sei/ko

NNNN

27. Jänner 1984

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 218

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Anfragen und Anträge

-++++

20 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Für einen FPö-Antrag betreffend die öffentliche Ausschreibung aller Baulose des künftigen U-Bahn-Baues wurde die dringliche Behandlung beantragt.

Für eine öVP-Anfrage betreffend die Vorlage des Prüfungsergebnisses des Rechnungshofes über die Gebarung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums (IAKW) wurde ebenfalls die Dringlichkeit verlangt.

Von SPö und öVP wurde ein gemeinsamer Antrag betreffend Gründung eines Wiener Boden- und Stadterneuerungsfonds gestellt. Dem Gemeinderat lagen weiters Anträge der öVP betreffend eine Sondermüllsammelaktion und den Schutz der Biotope auf dem Gelände der Wienerberggründe sowie Anfragen der öVP betreffend Gutachten und Aufträge an Architekten und Zivilingenieure, Wohnheime des Kuratoriums für psychosoziale Dienste, Verkehrsfrequenz auf der Brigittenauer Brücke und Floridsdorfer Brücke und Verfahren zur Nutzwertfeststellung zur Begründung von Alteigentum und eine Anfrage der FPö betreffend die Errichtung eines Denkmals bei der Albertina.

Zwtl.: Wahlen

Anschließend wurde die Wahl von Vertrauens- und Ersatzmännern der Gemeindevermittlungsämtler sowie eines Mitgliedes des Sparkassenrates der Zentralsparkasse und Kommerzbank durchgeführt. Weiters wurden Mitglieder verschiedener Gemeinderatsausschüsse gewählt. Alle Wahlvorschläge wurden einstimmig angenommen. (Forts.)  
jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wohnungskommissionen

=++++

21 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) StR. HOFMANN (SPö) beantragte die Einrichtung von fünf Wohnungskommissionen für die städtischen Wohnhausanlagen. Diese Kommissionen sollen dezentrale Serviceeinrichtungen sein, die sich unbürokratisch um die Probleme der Mieter und Wohnungssuchenden annehmen, sagte Hofmann.

GR. Dkfm. HOTTER (öVP) sprach sich für die Installierung der Wohnungskommissionen aus, von denen er sich mehr Information für die Gemeindemieter erhofft. Insbesondere forderte Hotter mehr Transparenz bei den Mieten- und Betriebskostenabrechnungen für Gemeindemieter. Er stellte einen BESCHLUSSANTRAG, in dem Abrechnungen für die kleinstmögliche Einheit, die Aufschlüsselung der Erhaltungsarbeiten, Möglichkeiten zur Überprüfung und mieterfreundliche Informationen über geplante Arbeiten und getätigte Investitionen gefordert werden.

GR. Ing. HOFSTETTER (SPö) wies auf die Bedeutung des kommunalen Wohnbaus für die Bedarfsdeckung der Bevölkerung hin. Rund 17.000 bis 18.000 Anmeldungen und rund 7000 bis 7.500 Zuweisungen pro Jahr sprechen für die gute Verwaltung im Bereich des kommunalen Wohnungswesens. Hofstetter räumte ein, daß sich durch die Änderung der Verrechnung gewisse Schwierigkeiten ergeben hätten. Die Abrechnungen sollten für den Mieter verständlich sein, sagte er, aber nicht zu kompliziert für die Verwaltung werden. Die Wohnungskommissionen seien eine wichtige Servicestelle für die Mieter von Gemeindewohnungen. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wohnungskommissionen

=++++

22 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Ferdinand MAIER (öVP) bezeichnete die Wohnungskommissionen als ersten Schritt zur Bürgernähe, wobei die künftige Frage sei, wieweit diese Kommissionen zur Problemlösung beitragen könnten. Insbesondere, so Maier, werde die öVP auch in Zukunft nicht von ihrer Forderung nach einer Objektivierung der Wohnungsvergabe abgehen können.

Auch Stadtrat FÜRST (öVP) sprach sich für die Einführung der Wohnungskommissionen aus und warf in diesem Zusammenhang eine spezielle Problematik auf, mit der sich gleich die Kommission für den 21. und 22. Bezirk befassen könne. Mieter in der Großfeldsiedlung hätten, so Fürst, von einer amtlichen Kommission die Auflage erhalten, Badezimmertüren abzusägen, um so genügend Luft für die Durchlauferhitzer in den Bädern zu schaffen. Besonders fragwürdig sei dabei die Tatsache, daß mit der Kommission auch ein Installateur mitgekommen sei, der den Mietern seine Dienste für eventuelle weitere Beanstandungen angeboten habe. Man müsse sich fragen, woher dieser Installateur seine Informationen bezogen habe. (Forts.) gab/ag

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wohnungskommissionen

=++++

23 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPÖ) nahm zum Vorwurf von Stadtrat Fürst Stellung und sagte, daß dieser Installateur im Zuge einer Kommissionierung nach Renovierungsarbeiten am Abgassammler mit dabei war. Es sei selbstverständlich, daß derjenige Gewerbetreibende, der eine Arbeit durchgeführt hat, auch bei der Abnahme im Rahmen der Kommission teilnimmt. Die Gaswerke seien daran interessiert, daß aus Sicherheitsgründen Gasgeräte immer wieder überprüft werden. Es ist leider öfter der Fall, daß nach der Besiedelung einer Wohnung Änderungen an Gasgeräten von nichtkonzessionierten Personen durchgeführt werden. Wenn die Sicherheit nicht gewährleistet ist, wird, außer bei Gefahr in Verzug, eine Frist eingeräumt. Die Gaswerke geben keine Empfehlung bezüglich bestimmter Firmen ab und verständigen auch keine Installateure von derartigen Überprüfungen.

Stadtrat FÜRST (ÖVP) erklärte in einer zweiten Wortmeldung, daß der Vermieter, also die Gemeinde Wien, aus eigenem für die ordnungsgemäße Durchführung des Türabschneidens sorgen müßte.

In seinem Schlußwort verwies Stadtrat Ing. HOFMANN darauf, daß es zur Errichtung der Wohnungskommissionen nur positive Äußerungen aller Redner gegeben habe.

ABSTIMMUNG: Die Errichtung der Wohnungskommissionen wurde einstimmig beschlossen. Der Beschlußantrag der ÖVP über die Mietenabrechnung wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. (Forts.)  
fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Anschluß an das Wasserleitungsnetz

=++++

24 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) beantragte für den Anschluß der Siedlung Wulzendorf im 22. Bezirk an das Wasserleitungsnetz den Sachkredit von derzeit 7,7 Millionen um 42,7 Millionen auf 50,4 Millionen zu erhöhen.

GR. DALLER (öVP) erklärte, die öVP werde selbstverständlich zustimmen. Daller kritisierte, daß wichtige Anträge der öVP vom November 1983 noch immer nicht beantwortet sind. Daher ist noch immer offen, ob auf die Einhebung der Anschlußabgabe verzichtet wird, wie die Mülldeponie Kautenweg saniert werden soll und ob die sogenannte Borax-Deponie raschest saniert oder abgetragen wird.

GR. JEDLETZBERGER (öVP) zeigte sich besorgt über die weitere Ausdehnung des borverseuchten Grundwassers. Er forderte finanzielle Hilfen für die landwirtschaftlichen Betriebe. Der Bau von Brunnen im 2. Horizont sollte gefördert werden.

StR. SCHIEDER (SPö) erklärte zur Kritik von GR. Daller, daß man bei der Beantwortung der Anträge nicht säumig geworden ist. Sie stehen in Behandlung. Gleichzeitig werden wirksame Maßnahmen gesetzt.

GR. FREINBERGER erklärte in seinem Schlußwort, daß die Probleme der Gartenbaubetriebe im zuständigen Ausschuß bereits behandelt würden. Wegen der großen Zahl der Betriebe und der hohen Kosten sei jedoch eine rasche Hilfe nicht so einfach. Zu GR. Daller erklärte Freinberger, daß alle von ihm aufgeworfenen Fragen bereits ausführlich in Sitzungen des Gemeinderates im November und Dezember beraten wurden. Es sei zwar populär, den kostenlosen Anschluß zu fordern, verantwortungsvoll sei es jedoch nicht, betonte Freinberger.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) sei/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Zentralwäscherei

=++++

25 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) beantragte für den Umbau und die Umrüstung der Zentralwäscherei Steinbruchstraße einen Sachkredit in der Höhe von 190,25 Millionen Schilling. Weiters beantragte er die Beteiligung der ARGE-AKH an den Kosten der Bau-, Installations- und ausrüstungstechnischen Maßnahmen in der Höhe von 67,35 Prozent.

GR. HAHN (öVP) erklärte, daß die öVP ihre Zustimmung nicht geben werde. Die Zentralwäscherei Steinbruchstraße sei ein Beispiel für Planungsmängel und Koordinationsfehler. Hahn bemängelte, daß entscheidende Auskünfte im Gesundheits- und Kontrollausschuß nicht gegeben worden seien. Hahn setzte den Kilopreis von 10,67 Schilling pro Privatwäscherei in Relation zu den 11,59 Schilling pro Kilogramm der städtischen Wäscherei. Er brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, daß die Verwaltung der städtischen Zentralwäscherei von der Holding übernommen werden soll.

In seinem Debattenbeitrag betonte GR. DINHOF (SPö), daß die dem Gesundheitsausschuß zur Verfügung stehenden Unterlagen vollständig gewesen seien. Er wies darauf hin, daß die städtische Wäscherei nach dem Umbau zu einem Kilopreis von 10,76 Schilling auf dem Preisniveau 1982 auch Stückwäsche reinigen werde. Im Gegensatz dazu stehe der Preis von 10,67 Schilling der Privatwäschereien. Hochgerechnet auf der Preisbasis 1982 werde der Kilopreis der städtischen Wäschereien 1987 10,50 Schilling pro Kilogramm betragen. Auf das heutige Preisniveau der Privatwäschereien hochgerechnet, bedeute dies eine Ersparnis von 17 Groschen. Dinhof erklärte abschließend, daß besonders darauf geachtet werden müsse, daß die Reinwäscheversorgung der Spitäler garantiert sei. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Zentralwäscherei

=++++

26 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) betonte, daß es sich im Fall der Zentralwäscherei immerhin um eine Entscheidung über 190 Millionen Schilling handle, daß daher die Forderung nach vollständigen Unterlagen im Ausschuß nur legitim sei. Unbestritten sei die Notwendigkeit der Wäscherei, die sowohl eine beträchtliche Wasch- und Lagerkapazität habe, wie auch höchsten Qualitätsforderungen entsprechen müsse.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö) sagte, im Gegensatz zu Univ.-Prof. Dr. Wagners sachlichem Diskussionsbeitrag habe GR. HAHN lediglich gegen sein besseres Wissen polemisiert. Im übrigen sei die Erweiterung der Zentralwäscherei, wie sich aufgrund einer Reihe von Studien herausgestellt habe, die billigste und zielführendste Lösung der betreffenden Probleme.

In einer zweiten Wortmeldung verwahrte sich GR. HAHN (ÖVP) dagegen, "wegen billiger Gags" das Wort ergriffen zu haben. Im Kontrollausschußbericht, der dem Akt im Gesundheitsausschuß nicht beigelegt sei, stünden aber nun einmal Dinge, die für das Ressort Stachers nicht angenehm seien.

GR. Dr. SWOBODA (SPö) bezeichnete in seinem Schlußwort die Gründe Hahns für die Ablehnung des Antrages als nicht stichhältig.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und der FPö angenommen. Der Antrag der ÖVP wurde dem Finanzausschuß zugewiesen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Möbeldepot im Wiener Hafen

=++++

27 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) stellte den Antrag, im Zentrallagerhaus des Wiener Hafens das 6. Stockwerk als Möbeldepot anzumieten.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) lehnte namens der Volkspartei den Antrag ab. Es hätten billigere Räume gefunden werden müssen. Dr. PETRIK stellte die Frage, ob die Erweiterung der Depotfläche bedeute, daß künftig mit mehr Delogierungen zu rechnen sei. Außerdem sei es sinnvoller, dezentrale Lagerstellen in den Bezirken einzurichten.

GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) verwies darauf, daß eine zentrale Lagerung eine billigere Verwaltung bedeute, und die Erweiterung der Depotflächen deshalb nötig sei, weil das bisherige Depot im 23. Bezirk geschlossen werden muß. Ein eigenes Lagergebäude zu errichten, wäre zu teuer.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Dringliche Anfrage IAKW

=++++

28 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Die Volkspartei richtete an den Bürgermeister eine dringliche Anfrage über die Vorlage des Prüfungsergebnisses des Rechnungshofes zur Gebarung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums (IAKW).

Der Inhalt der dringlichen Anfrage:

1. Stimmt es, daß der Einschaubericht des Rechnungshofes 1982 betreffend die IAKW schon im Oktober 1983 zur Vorlage an den Gemeinderat bei Ihnen eingelangt ist?
2. Warum haben Sie diesen Bericht dem Gemeinderat noch nicht vorgelegt?
3. Wieso konnte der Stadtsenat mehrheitlich beschließen, daß aufgrund der Prüfung durch den Rechnungshof bei der IAKW keine Maßnahmen seitens der Stadt Wien erforderlich seien, wenn das höchste Entscheidungsgremium der Stadt Wien, der Wiener Gemeinderat, damit überhaupt noch nicht befaßt worden ist?
4. Wann werden Sie diesen Bericht dem Gemeinderat vorlegen?
5. Wann ist zu rechnen, daß sich der Wiener Gemeinderat mit dem schon vor längerer Zeit angekündigten angeblich günstigen Finanzierungskonzept des österreichischen Konferenzentrums bei der UNO-City befassen wird, da dieses Konzept auch Auswirkungen auf Wien hat?
6. Sind sie bereit, zu veranlassen, daß, sollten sich diese Konditionen und Verträge, vor allem im Hinblick auf eine Errichtungsgesellschaft unter Beteiligung einer arabischen Gruppe, als nachteilig für die Stadt Wien erweisen, die Stadt Wien den Vertrag mit dem Bund betreffend die 35-prozentige Beteiligung an den Errichtungskosten aufkündigt?

(Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Dringliche Anfrage IAKW

=++++

29 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL)

7. Gibt es bereits Unterlagen und kennen Sie die Höhe der voraussichtlichen Betriebskosten des österreichischen Konferenzentrums?
8. Können Sie sicherstellen, daß sich die Stadt Wien in keiner Form an den zukünftigen Betriebskosten beteiligen wird, auch nicht in der Form einer Betriebsgesellschaft, die alle Wiener Konferenzstätten miteinbeziehen soll, wie z.B. die Stadthalle und sogar die Volkshalle des Wiener Rathauses?

GR. Ing. WORM (ÖVP) verwies in seiner Begründung der dringlichen Anfrage darauf, daß die massive Kritik des Rechnungshofes nicht negiert werden dürfe, wie dies im Stadtsenat geschehen sei. Mit den wohlfundierten Bemängelungen müsse sich der Gemeinderat auseinandersetzen. Es geht auch darum, finanzielle Nachteile der Stadt Wien zu vermeiden. Worm kritisierte, daß das Konferenzzentrum gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung errichtet wird und, daß außerdem das so laut angekündigte günstige Finanzierungskonzept nicht vorliegt. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Dringliche Anfrage IAKW

=++++

30 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) In seinem Debattenbeitrag erklärte GR. Ing. WORM (ÖVP), daß die IAKW den Finanzbedarf immer falsch eingeschätzt habe. Die Gutachten betrug zeitweise 1,5 Milliarden Schilling. Um das Geld irgendwie los zu werden, gab man Kundenanzahlungen und führte verlustreiche Zwischenveranlagungen durch. Weil die IAKW die kaufmännische Sorgfalt vermissen ließ wurden Verluste an die 200 Millionen erwirtschaftet. Wenn nun die Mehrheit im Wiener Rathaus trotz dieser Fakten keine Maßnahmen ergreifen will, so handelt sie fahrlässig gegenüber dem Steuerzahler.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, seine Partei sei dem Projekt des Konferenzentrums immer kritisch gegenübergestanden. Bei Eintritt in die Bundesregierung hat man sich bemüht, zu retten, was noch zu retten ist. Die FPÖ forderte deutliche Einsparungen, und mittlerweile zeigt sich, daß die Baukosten von fünf Milliarden auf vier Milliarden heruntergedrückt werden können. Allerdings nur, wenn das Management das Baugeschehen voll im Griff hat, wenn man den Hinweisen des Rechnungshofes nachgeht und wenn man den freien Wettbewerb ausnützt.

Die Vorteile des freien Wettbewerbs zeige ein Beispiel der letzten Tage. Am Dienstag dieser Woche sollte ein Auftrag für die Starkstromtechnik des Konferenzentrums vergeben werden. Drei mittelständische Firmen boten um 104 Millionen an, eine Arbeitsgemeinschaft der Elektroindustrie um 148 Millionen. Obwohl das Angebot der mittelständischen Firmen auf Herz und Nieren geprüft wurde und obwohl diese Firmen eine Bankgarantie erbringen konnten, haben sich die Aufsichtsräte der Stadt Wien am Dienstag dieser Woche für das teurere Angebot ausgesprochen. Die Entscheidung wurde zwar vertagt, aber es bleibt offen, warum die Wiener Aufsichtsräte so agiert haben. Sicher nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf klare Weisung von oben. "Herr Bürgermeister, warum geben Sie solche Weisungen?", schloß Hirnschall. (Forts.) sei/ap

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Dringliche Anfrage IAKW

=++++

32 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) betonte die internationale Notwendigkeit des Wiener Konferenzentrums und wies auf Stellungnahmen hochrangiger Politiker des In- und Auslandes hin, die sich positiv zum Konferenzzentrum ausgesprochen haben.

Der Rechnungshofbericht, erklärte GR. Neumann (ÖVP), zeige wie brüchig und teuer das Finanzierungsmodell tatsächlich sei. Außerdem fehle ein Konzept für die Finanzierung der Betriebskosten. Der Bericht des Rechnungshofes werde, kritisierte Neumann, von der Wiener SPÖ negiert. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Dringliche Anfrage IAKW

=++++

33      Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR sagte, er habe selten in so kurzer Zeit so viele den Tatsachen widersprechende Aussagen gehört wie zum Thema Konferenzzentrum. Tatsache sei, daß die IAKW eine Gesellschaft des Bundes sei. Die Stadt Wien habe eine 35prozentige Kostenbeteiligung übernommen und sei im Aufsichtsrat vertreten. Zur Kritik des Rechnungshofes sagte Mayr, daß man eben sechs Jahre später leicht sagen könne, der Geldbedarf sei falsch geschätzt worden. Die Geschäftsführung der IAKW habe das Kreditvolumen zu einem Zeitpunkt schwieriger Kreditaufnahme festgesetzt. Aus finanztechnischen Gründen hätten die Firmen die Rechnungen zu anderen Zeitpunkten als vorausgesagt gelegt, was zu einer "Zwischenveranlagung" geführt habe. Es sei lächerlich, aus diesem alltäglichen Vorgang einen Skandal machen zu wollen. Zu den voraussichtlichen Betriebskosten sagte Mayr, daß die Stadt Wien laut Vertrag an den Errichtungs-, jedoch nicht an den Betriebskosten beteiligt sei. Schließlich nannte Mayr eine Reihe von Sachgründen, die in der Aufsichtsratssitzung vom 24.1.1984 dazu geführt haben, die Entscheidung bezüglich der Starkstromtechnik für das IAKW zu vertagen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Dringliche Anfrage IAKW

=++++

34 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) In der Beantwortung der dringlichen Anfrage der Volkspartei stellte Bürgermeister Leopold GRATZ (SPÖ) einleitend fest, daß entsprechend den Bestimmungen der Bundesverfassung vorgegangen wurde. Zu den einzelnen Punkten betonte der Bürgermeister:

ZU PUNKT 1: Der Bericht über das Ergebnis der Gebarungsprüfung bei der IAKW über die Jahre 1971 bis 1981 durch den Rechnungshof wurde mir am 27. Oktober 1983 übermittelt. Gemäß der Bundesverfassung sind zu treffende Maßnahmen dem Rechnungshof innerhalb von 3 Monaten mitzuteilen. Der Beschluß des Stadtsenates erfolgte am 24. Jänner 1984.

ZU PUNKT 2: Um dem Gemeinderat ein zusammenfassendes Bild zu geben, wurde der Beschluß des Stadtsenates über die zu treffenden Maßnahmen abgewartet.

ZU PUNKT 3: Der Stadtsenat ist zuständig, dem Rechnungshof mitzuteilen, ob beziehungsweise welche Maßnahmen getroffen wurden. Die Mitteilung ist nicht von der vorherigen Behandlung im Gemeinderat abhängig.

ZU PUNKT 4: Ich beabsichtige, den Bericht des Rechnungshofes auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung im Februar 1984 zu setzen.

ZU PUNKT 5: Zu dem Zeitpunkt, in dem ein Finanzierungskonzept vorliegt, das für die Stadt Wien eine günstigere Finanzierung sicherstellen würden, als eine solche nach der derzeitigen Rechtslage.

ZU PUNKT 6: Die derzeitige Rechtslage, der Syndikatsvertrag, bildet die beste Sicherheit für die Stadt wien, daß ihr Beitrag zu den Kosten des Konferenzzentrums nicht erweitert wird. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Dringliche Anfrage IAKW

=++++

35 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL)

ZU PUNKT 7: Da sich Wien aufgrund der bestehenden Rechtslage nicht an den Betriebskosten des Konferenzentrums beteiligt, eine Änderung des Vertrages von Wien weder angestrebt, noch akzeptiert werden würde, ist die Frage der Finanzierung der Betriebskosten des Konferenzentrums aus der Sicht der Stadt Wien ohne Relevanz.

ZU PUNKT 8: Es ist beabsichtigt, unter Beteiligung des Bundes, der Stadt Wien und privater Interessenten eine Gesellschaft zu gründen, deren Aufgabe die Sicherstellung der bestmöglichen wirtschaftlichen Nutzung aller in Wien befindlichen Veranstaltungs- und Kongreßeinrichtungen sein soll. Da die jeweiligen Veranstaltungs- und Kongreßeinrichtungen selbständig bleiben sollen, werden keine Kosten aus dem Betrieb und der Erhaltung erwachsen.

Jeder Funktionär einer Körperschaft steht unter dem vielfachen Zwang, sagte Bürgermeister Gratz weiters, im Interesse der Wirtschaft seines Landes tätig zu sein. Nach bestem Wissen und Gewissen ist es daher nicht immer möglich, die absolut günstigsten Preise zu erzielen. Es sind oft die relativ günstigsten Preise, die auch für die Wirtschaft der jeweiligen Region optimal sind. Es handelt sich bei diesen Entscheidungen um sehr sensible Vorgänge. Es ist mein persönliches Motiv, betonte Gratz, die Interessen der Wirtschaft und die Interessen der Stadtverwaltung im Auge zu behalten, und ich fühle mich verpflichtet, unserer Wirtschaft über die schwierigen Zeiten hinwegzuhelfen. (Forts.) fk/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Dringlicher Antrag der FPÖ

=++++

36 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Die FPÖ brachte einen dringlichen ANTRAG zum Wiener U-Bahn-Bau ein. Die Verhandlungen über eine freihändige Vergabe sollten nach Ansicht der FPÖ sofort abgebrochen werden. Alle Baulose für den künftigen U-Bahn-Bau müßten dagegen öffentlich ausgeschrieben werden. In der Begründung des dringlichen Antrages erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), die Hinweise auf intensive Geheimverhandlungen zur Ausschaltung des Wettbewerbs haben sich in letzter Zeit verdichtet. Die FPÖ sei daher in dieser Woche mit dieser Frage an die Öffentlichkeit gegangen, um zu verhindern, daß Wien im wichtigsten Baubereich vom Grundsatz der öffentlichen Ausschreibung abgehe.

Die Behandlung des dringlichen Antrages in der laufenden Gemeinderatssitzung wurde EINSTIMMIG BESCHLOSSEN.

Im ersten Debattenbeitrag erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), die Verletzung der Vergabenormen habe immer zu Bauzeitenverlängerungen und Kostenüberschreitungen geführt. Aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit sollte man lernen und im Interesse der Stadt, aber auch der Bauwirtschaft, die Verhandlungen sofort abbrechen. In der Bauwirtschaft gehe die Angst um, daß durch die Ausschaltung des Wettbewerbs die freie Marktwirtschaft ausgeschaltet wird. Sollte es soweit kommen, würden zwar die "Saurier" überleben, die kleinen Betriebe aber untergehen.

Die Liebe zu den "Sauriern" gehe auch über Parteigrenzen hinweg. Das sei auch kein Wunder, ist doch der Aufsichtsratspräsident der Neuen Reformbau Bundeskammerpräsident Ing. Sallinger und sind doch andere große Baufirmen im Besitz von Banken, wie der CA, der Länderbank, der BAWAG oder der Genossenschaftlichen Zentralbank. Während man bei der Rinter-Lösung noch vor Wochen mit den Banken um jeden Schilling rang, soll nun den gleichen Banken ein Einstieg in einen 16-Milliarden-Schilling-Kuchen ermöglicht werden, erklärte Pawkowicz. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Dringlicher Antrag der FPÖ

=++++

37 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Man könne, erklärte StR. NEUSSER (ÖVP), nicht etwas zur Tatsache stempeln, was im Gemeinderat noch nicht zur Debatte gestanden sei. Er dementierte die Behauptung, daß geheime Verhandlungen mit Präsident Dittrich geführt worden seien. Zu der Behauptung, daß keine öffentliche Ausschreibung stattgefunden hätte, könne er nur sagen, daß der erste Bauabschnitt nach der öffentlichen Ausschreibung an den Bestbieter vergeben worden sei. Neusser betonte, daß selbstverständlich nach den Normen vorgegangen werden müsse. Bei der Auftragsvergabe sei aber zu berücksichtigen, daß jene Firmen, die ihren Sitz in Wien haben, auch hier steuerpflichtig seien, und daß deshalb mit diesem Steueraufkommen auch kalkuliert werden müsse. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Dringlicher Antrag der FPÖ

=++++

38 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPÖ) sagte, die FPÖ solle Gespräche erst dann beurteilen, wenn ein Ergebnis vorliege. Das sei bis jetzt bei den Gesprächen zwischen der Firmengruppe und Vertretern der Stadt Wien bezüglich des Weiterbaus der U 3 nicht der Fall. Es sei jedoch seine Absicht, sich ernsthaft und positiv mit dem Angebot der Firmengruppe auseinanderzusetzen. Man werde den vorgeschlagenen Weg jedoch nur dann gehen, wenn er den Gesetzen entspreche und gesamtwirtschaftlich günstiger sei, also ein schnelleres und günstigeres Bauen ermögliche. Es gebe keine Vorentscheidungen, die Vorgangsweise könne erst bei der Vergabe weiterer Teilstücke beurteilt werden. Im übrigen betreffe der Vorschlag nur die U 3 und nicht, wie von der FPÖ angegeben, auch die U 6. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Dringlicher Antrag der FPö

=++++

39 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) meinte, die Ausführungen von StR. HATZL seien voll zu bejahen. Er verstehe nicht, warum die Freiheitliche Partei dagegen sei, daß Gespräche geführt werden. Die Wiener Betriebe haben in den letzten Jahren 4 Milliarden an U-Bahn-Steuern aufgebracht, und nun drängen Bundesländerfirmen, die am 16-Milliarden-Auftrag der U 3 "mitnaschen" wollen. Die Volkspartei wird sich, so wie bisher, immer für eine gerechte Auftragsvergabe einsetzen, die Ö-Norm A 2050 soll weiterhin gelten. Im Vordergrund muß das gemeinsame Bemühen stehen, Arbeitsplätze in Wien zu sichern.

Hahn stellte den BESCHLUSSANTRAG, im Fall der Ausarbeitung eines Magistratsantrages über ein von der bisherigen Übung abweichendes Verfahren zur Vergabe von Gemeindeaufträgen soll das Kontrollamt den Antrag auf seine Rechtmäßigkeit und Sparsamkeit sowie auf Übereinstimmung mit den einschlägigen Vergabevorschriften prüfen. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Dringlicher Antrag der FPö

=++++

40 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) forderte die ÖVP auf, ihren Antrag auf Überprüfung durch das Kontrollamt zurückzunehmen. Man würde das Kontrollamt als Organ des Magistrats damit in einen Gewissenskonflikt bringen. Besser wäre es, wenn der Rechnungshof mit der Überprüfung befaßt würde.

Hirnschall erinnerte daran, daß man noch vor drei Jahren bei den AKH-Vorgängen über alle Parteien hinweg zwingend für eine öffentliche Ausschreibung eingetreten sei. Er habe sich nicht vorstellen können, daß man nach drei Jahren wieder von diesem Weg abgehen möchte. Die hier in Wien angepeilte Lösung wäre ein Weg in die Willkür und in den Protektionismus.

österreich sei als Wirtschaftsraum zu klein, daß man um die einzelnen Bundesländer protektionistische Schranken errichtet. Ein solcher Wirtschaftskrieg könne der österreichischen Volkswirtschaft nicht nützen. (Forts.) sei/ap

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Dringlicher Antrag der FPÖ

-++++

41 Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Es sei ihm egal, ob der Rechnungshof oder das Kontrollamt die Vergabe prüfe, erklärte StR. NEUSSER (öVP). Das Kontrollamt habe sich durch seine Arbeit bei allen Fraktionen den Ruf der Objektivität erworben.

Die öVP wolle den Weg der Legalität nicht verlassen. Die Förderung der Wiener Betriebe sei ein schwerwiegendes Argument.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß der Text des öVP-Antrages bedeute, das Kontrollamt in einen Gewissenskonflikt zu bringen, und erinnerte die öVP an ihr Bekenntnis zu den ö-Normen. Weiters machte er darauf aufmerksam, daß der Bund an diesem Bauvorhaben mit 50 Prozent beteiligt sei. Im Namen seiner Fraktion forderte Pawkowicz eine korrekte Vorgangsweise bei der Auftragsvergabe nach den Bedingungen und Intentionen der ö-Normen.

Der FPÖ-Antrag und der Beschlußantrag der öVP wurden zugewiesen. Die Sitzung des Gemeinderates war um 17.40 Uhr beendet. (Schluß)

jel/ko

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES

NNNN